

A.3.4. Basel-Landschaft

Im Kanton Basel-Landschaft besteht seit dem 1.6.1989 [Mader, 1995, 34-35][Rüegg, 1993, 74-76, 82, 132] eine unbefristete kantonale Fachstelle für Gleichstellung. Zunächst mit dem Namen “Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann”, abgekürzt BfG [Duttweiler, 1990, 121-122][Horny, 1989, 2][Rüegg, 1993, 132][KR BL, 1988][KE BL, 1997, 2]. Von Oktober 1996 an mit der Abkürzung FfG für die Namen “Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern” [Zumbrunn, 1996, 22][NK BL, 2007]. Nach dem Willen der Exekutive seit 1.1.1997 “Fachstelle für Gleichstellung” [KE BL, 1997, 2][Matefi, 2002, 6]. Mit der gesetzlichen Verankerung der Fachstelle im EG GIG mit dem heutigen Namen: “Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann” [KL BL, 1997][PKL BL, 1997a][PKL BL, 1997b, 6-7][GKL BL, 1997]¹⁰⁴[KR BL, 2000].

Seit 2003 und über den Untersuchungszeitraum hinaus ist die FfG von der Abschaffung bedroht [PKL BL, 2003a][PKL BL, 2003b][PKL BL, 2004][PKL BL, 2007][KE BL, 2006][KE BL, 2007][Landeskanzlei BL, 2008b]. Am 1. Juni 2008 lehnen die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Landschaft die Abschaffung mit 62.8 Prozent Nein ab [Landeskanzlei BL, 2008a].

Entstehungsgeschichte

Die neue Kantonsverfassung von 1984 enthält das Allgemeine Rechtsgleichheitsgebot, das Allgemeine Diskriminierungsverbot, das Geschlechtergleichstellungsgebot, die Förderverpflichtung von Kanton und Gemeinden und eine Formulierung, dass Rechte, Pflichten und Volksrechte gleichermaßen gelten [Verfassung Baselland, 1984]:

“§ 7 Rechtsgleichheit

- 1 *Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.*
- 2 *Insbesondere darf niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Herkunft, seiner Rasse, seiner sozialen Stellung, seiner weltanschaulichen, politischen oder religiösen Überzeugung benachteiligt oder bevorzugt werden.*

§ 8 Gleichberechtigung von Frau und Mann

- 1 *Frau und Mann sind gleichberechtigt. Kanton und Gemeinden sorgen für ihre Gleichstellung.*
- 2 *Alle in dieser Verfassung verankerten persönlichen Rechte und Pflichten sowie die Volksrechte gelten für Frauen und Männer gleichermaßen.”* [Verfassung Baselland, 1984].

Diese neue Kantonsverfassung tritt am 1.1.1987 in Kraft [Verfassung Baselland, 1984][Initiativkomitee BL, 1986, 2].

Ein Vorstoss für eine Kommission oder eine Stabstelle für Frauenfragen wird schon vor 1985 abgelehnt [Veya, 1984, 255]. Die Motion Oberholzer-Leutenegger, POCH, später Grüne, vom 13.3.1986, verlangt die Schaffung eines Büros für Frauenfragen und die Einsetzung einer kantonalen Frauenkommission [Landeskanzlei BL, 1987, 7][Duttweiler, 1990, 121-122]. Die Landeskanzlei erklärt die am 7.11.1986 zur Vorprüfung eingereichte Volksinitiative “für ein Büro für Frauenfragen” am 12.11.1986 für gültig [Amtsblatt BL, 1986, 1399].¹⁰⁵ Die Volksinitiative wird

¹⁰⁴ “Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft” [EBG, 1998, 13].

¹⁰⁵ Im Kanton Basel-Landschaft ist die Vorprüfung einer Volksinitiative durch die Landeskanzlei vorgeschrieben [GKL BL, 1981, § 68]. Hingegen bestehen keine Vorschriften über die Sammelfrist von Initiativen. Ebenso wenig wie in AI, AR, BS, GL, OW, SH, SZ und ZG [Lutz und Strohmam, 1998, 122]. Das Initiativkomitee kann ab Amtsblattpublikation (hier 20.11.1986) mit der Unterschriftensammlung beginnen [Initiativkomitee BL, 1986, 1].

1987 von einem überparteilichen Komitee aus OFRA-, POCH- und Grünen Frauen bei der Landeskanzlei eingereicht [GSB BL, 2007, 3][Freivogel, 1987, 21]. In der Folge wird ein Konzept erarbeitet [Nyffeler et al., 4][Horny, 1989, 3-4][Rüegg, 1993, 107]. Noch bevor die Motion Leutenegger Oberholzer überwiesen ist, stimmt die Exekutive im Juni 1988 dem Konzept für die Einrichtung eines Büros für Gleichstellungsfragen zu [Landeskanzlei BL, 1988c, 6][Duttweiler, 1990, 121-122]. Am 23.6.1988 reicht die FDP Landratsfraktion ein "Postulat betreffend Büro für Gleichstellungsfragen" ein, worin die Exekutive unter anderem gebeten wird, mit der Stellenbesetzung noch zuzuwarten, bis die Legislative die notwendigen rechtlichen Fragen und die Motion von Oberholzer-Leutenegger behandelt hat [Landeskanzlei BL, 1988a]. Am 12.9.1988 wird die Motion Oberholzer-Leutenegger und das FDP-Postulat in der Legislative behandelt und die Motion überwiesen [Landeskanzlei BL, 1988b, 1-2][Landeskanzlei BL, 1988c, 6]. Am 22.11.1988 verabschiedet die Exekutive die "Verordnung über das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann", welche auf den 1.1.1989 in Kraft tritt [KR BL, 1988][Horny, 1989, 3][Mader, 1995, 34-35][Rüegg, 1993, 107]. Auf den 1.6.1989 wählt die Exekutive Inge Fehlbaum (FDP-Parteisekretariat) und Marie Thérèse Kuhn (SP-Einwohnerin Reinach) zu den ersten beiden Stelleninhaberinnen der Fachstelle Basel-Landschaft [GSB BL, 2007, 1][Duttweiler, 1990, 121-122].

Weitere rechtliche Grundlagen

Die erste beratende Frauenkommission wird 1990 ersetzt durch die "Beratende Kommission für Frauenfragen", kurz "Frauenkommission", welche sich am 16.10.1990 konstituiert [GSB BL, 2007, 3]. Ihre rechtlichen Grundlagen werden von der Exekutive am 14.8.1990 verabschiedet. Ihre Geschäftsordnung tritt am 14.8.1990 und die Verordnung am 1.9.1990 in Kraft [KR BL, 1990a][KR BL, 1990b]. Der "Frauenrat" ist 1994 Nachfolgeorgan der "Beratenden Kommission für Frauenfragen". Die Geschäftsordnung und die Verordnung von 1990 werden ersetzt durch die "Verordnung über den Frauenrat vom 5.7.1994", welche am 5.7.1994 in Kraft tritt [KR BL, 1994].

Im Februar 1995 zieht das Initiativkomitee die kantonale Initiative für ein Büro für Frauenfragen aus dem Jahre 1986 als teilweise erfüllt zurück [APS, 1996, 335][BaZ, 15.2.1995].¹⁰⁶ Am 29.5.1995 überweist die Legislative die Motion von Ruth Heeb-Schlienger¹⁰⁷ vom 2.12.1991 "betreffend kantonales Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann resp. eines umfassenden Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzes" als Postulat [KE BL, 1997, 2-3].

Bis die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen erarbeitet sind, wird das Schlichtungsverfahren zunächst provisorisch von der Exekutive auf den 1.7.1996 auf dem Verordnungsweg eingeführt [Matefi, 2002, 13-14][KR BL, 1998]. Die Verabschiedung des EG GIG ruft in der Legislative (Landrat) kaum Opposition hervor. Die Vorlage wird mit 69 Ja- zu 0 Nein-Stimmen in die Volksabstimmung geschickt [Wittwer, a, 27.2.1998]. Neben der definitiven Regelung des Schlichtungsverfahrens und der gesetzlichen Verankerung der Förderverpflichtung des Kantons und der Gemeinden wird in den Artikeln 19 und 20 des Einführungsgesetz zum eidgenössischen Gleichstellungsgesetz (GIG) (EG GIG) die Fachstelle und die Kommission explizit gesetzlich verankert [GKL BL, 1997][Matefi, 2002]. Das Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz wird in Volksabstimmung vom 15.3.1998 bei einer Stimmbeteiligung von 27.73% mit 75.4% Ja-Stimmen

¹⁰⁶Die FS und ein Begleitgremium existieren. Die Kompetenzen der FS sind über den Initiativtext zu erweitern und die Exekutive wird aufgefordert genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die fehlenden gesetzlichen Grundlagen der beiden soll im Rahmen der Einführungsgesetzgebung zum GIG geprüft werden [BaZ, 15.2.1995][Initiativkomitee BL, 1986, 1].

¹⁰⁷Die Motion fordert zudem die Befugnis für Behördenklage und -beschwerde in Diskriminierungsverfahren, sowie ein Vetorecht bei Submissions- und Subventionsvergaben [Matefi, 2002, 13].

angenommen (36'426 JA gegen 10'409 Nein) [Landeskanzlei BL, 2005a]. Mit dem in Kraft Treten des EG GIG BL auf den 1.7.1998 findet auch die Umbenennung der Fachstelle nach dem Willen der Finanzkommission¹⁰⁸ in "Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann", FfG, statt [KL BL, 1997][PKL BL, 1997a][PKL BL, 1997b, 6-7][GKL BL, 1997]¹⁰⁹[KR BL, 2000].¹¹⁰

Die Exekutive erlässt am 1.12.1998 die Gleichstellungsverordnung, welche Details zum Schlichtungsverfahren enthält. Sie tritt am 1.1.1999 in Kraft und ersetzt die provisorische Verordnung vom 28.5.1996 [KR BL, 1998].

Die Verordnung über den Schutz der sexuellen Integrität am Arbeitsplatz vom 3. November 1998 regelt die Pflichten und Rechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, Vorgesetzten und Gremien im Hinblick auf sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz [Matefi, 2002, 32-44, 61-66].

In der von der Exekutive am 21.12.1999 verabschiedeten Dienstordnung für die FKD sind die Aufgaben der FKD bezüglich Gleichstellung umschrieben. Die Dienstordnung ist seit dem 1.1.2000 in Kraft [KR BL, 1999, § 1 d].

Die Verordnung der Exekutive von 1988 über die Fachstelle wird auf den 1.7.2000 ersetzt durch eine am 16.5.2000 von der Exekutive verabschiedete Verordnung [KR BL, 2000].¹¹¹

Am 23.11.1993 verabschiedet die Exekutive die "Weisung zur Gleichstellung von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung", welche auf den 1.1.1994 in Kraft Treten. Sie ist vermutlich schweizweit die erste Weisung dieser Art. Die Weisung soll so lange in Kraft sein "*bis die Gleichstellung der in der Verwaltung beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht ist*" [KR BL, 1993]. Diese Formulierung bleibt im Untersuchungszeitraum singular.

Hierarchische Position

Die Fachstelle des Kanton Basel-Landschaft ist seit Beginn in der Finanz- und Kirchendirektion (FKD) angesiedelt und die hierarchische Position hat nicht geändert [KR BL, 1988, § 1][Duttweiler, 1990, 121-122][Nyffeler et al., 4][PKL FR, 1993, 637][GKL BL, 1997, § 19 Absatz 1 Satz 2][KR BL, 2000][NK BL, 2007].

Die Fachstelle ist der Gesamtregierung unterstellt und kann mit allen Behörden und Amtsstellen direkt verkehren [Rüegg, 1993, 132][NK BL, 2007][KE BL, 1997, 8][GKL BL, 1997, § 19 Absatz 2][KR BL, 2000].¹¹² In fachlicher Hinsicht untersteht die LeiterIn der Fachstelle dem Regierungsrat (Mitglied der Exekutive) der FKD. Administrativ ist die Fachstelle dem Generalsekretariat unterstellt [KR BL, 1999, § 7 Absatz 2]¹¹³[NK BL, 2007].

Fachstelle betreffende Ereignisse

Nachfolgend eine Auswahl an Vorstössen in der Legislative, welche die Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung zwischen 1990 und 2007 stark einschränken wollen. Ein Vorstoss von Ende 1995 zur Kürzung wird von Exekutive und Legislative deutlich abgelehnt [Zumbrunn, 1996, 22].¹¹⁴

¹⁰⁸Exekutive beantragt "Fachstelle für Gleichstellung".

¹⁰⁹"Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft" [EBG, 1998, 13].

¹¹⁰Mit der gesetzlichen Verankerung im EG GIG wird der "Frauenrat" in "Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann" umbenannt.

¹¹¹Am 16.1.2001 verabschiedet die Exekutive die neue Verordnung für den Frauenrat und hebt die nicht publizierte Geschäftsordnung vom 8.4.1997 und die Verordnung von 1994 auf [KR BL, 2001].

¹¹²Sogenannte besondere Stabsstelle nach § 28 [GKL BL, 1983, § 28][KR BL, 1988].

¹¹³Mit der Fassung vom 11.4.2006, rückwirkend in Kraft gesetzt auf den 1.4.2006, hat die FKD Pflichten im Bereich der Familienpolitik erhalten [KR BL, 1999, § 1 Absatz k]. Mit dieser Fassung kommt auch die Fachstelle für Familienfragen dazu [KR BL, 1999, § 2 Absatz 2].

¹¹⁴Antrag Bruno Steiger, SD, Kürzung der finanziellen Mittel um 220'000 Franken. Entspricht rund 2/3 des Budgets des BfG. Entgegenkommen der FIKO, mit 5:4 Stimmen, mit Streichung der Stellen für wis-

A.3.4. Basel-Landschaft

Die Motion von Peter Brunner, SD, vom 14.3.1996, welche die Zusammenlegung der Stellen des Ombudsmann und des Büros für Gleichstellung von Frau und Mann fordert wird am 19.9.1996 von der Legislative auf Empfehlung aller Parteien, ausser der SD, grossmehrheitlich abgelehnt [PKL BL, 1996].

Die SVP-Fraktion reicht am 4.9.2003 eine Motion ein, welche von der Exekutive eine Vorlage zur Abschaffung der Fachstelle und der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann verlangt [KL BL, 2003a][KL BL, 2003b][Maise, 14.10.2003]. Die FDP-Fraktion reicht am 16.10.2003 ein Postulat ein, welches eine externe Evaluation über die Notwendigkeit der Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann verlangt [KL BL, 2003c]. In der Ratsdebatte am 13.11.2003 wird die SVP-Motion unter Namensaufruf mit 56 zu 25 Stimmen abgelehnt. Das FDP-Postulat wird mit 46 zu 26 Stimmen überwiesen. Der Antrag der Grünen das FDP-Postulat mit sofortiger Wirkung abzuschreiben wird mit 37 zu 36 Stimmen abgelehnt [PKL BL, 2003b][de Marchi und Gyr, 14.11.2003].

Die beiden Anträge der SVP für das Budget 2004¹¹⁵ werden anlässlich der Budgetdebatte vom 10.12.2003 zurückgezogen [KE BL, 2004][PKL BL, 2003a].

Die Kürzungsanträge zur Gleichstellung vom 9.11.2004 zum Budget 2005 werden abgelehnt [PKL BL, 2004].¹¹⁶ Im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) im Budget 2005 unterliegt auch die Gleichstellung einer zehnprozentigen Budgetkürzung [KL BL, 2004, 1, 10-11]. Die SVP-Fraktion kündigt die Einreichung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung an, falls ihre Budgetanträge zur Gleichstellung abgelehnt werden. Am 4.5.2005 reicht ein Initiativkomitee den Text für eine Gesetzesinitiative bei der Landeskanzlei zur Vorprüfung ein. Die Landeskanzlei gibt am 9.5.2005 bekannt, dass die Initiative den Formerfordernissen entsprechen würde [Landeskanzlei BL, 2005b].

Die Exekutive legt am 20.6.2006 den Evaluationsbericht vor, welcher der Fachstelle ein gutes Zeugnis ausstellt und beantragt die Abschreibung des FDP-Postulats [KE BL, 2006][KE BL, 2007, 1]. Am 15.1.2007 reicht die SVP die Gesetzesinitiative zur Abschaffung der Fachstelle bei der Landeskanzlei ein [KE BL, 2007, 1]. Die Legislative schreibt das FDP-Postulat am 18.1.2007 mit 79 zu einer Stimme, nach 45 Minuten Diskussion, ab [PKL BL, 2007][Petrin, 19.1.2007]. Die Landeskanzlei stellt am 15.2.2007, dass Zustandekommen der Gesetzesinitiative mit 1529 gültigen Unterschriften fest [KE BL, 2007, 1][Landeskanzlei BL, 2007]. Am 28.8.2007 veröffentlicht die Exekutive die Botschaft zur Gesetzesinitiative. Sie begründet ausführlich, wieso der Gleichstellungsauftrag bestehen bleibt und wieso die Fachstelle erforderlich ist [KE BL, 2007]. Die Exekutive verzichtet auf einen Gegenvorschlag und beantragt der Legislative die Initiative abzulehnen [KE BL, 2007, 4]. Die Legislative lehnt die Abschaffungsinitiative am 26.1.2008 mit 53 zu 30 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab [Landeskanzlei BL, 2008b, 18]. In der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 wird die Abschaffungsinitiative mit 62,8 Prozent abgelehnt [Landeskanzlei BL, 2008a].

senschaftliche Praktikantinnen (20'000 Franken). Antrag Walter Jermann, CVP, die Praktikantinnen einfach einem anderen Amt zuzuschlagen, stösst auf Widerspruch. Nach längerer Grundsatzdebatte über Gleichstellung wird beides abgelehnt. Regierung obsiegt gegen Fikoantrag mit 48 zu 20 Stimmen [wit, 15.12.1995][Immoos, 15.12.1995].

¹¹⁵Halbierung des Personalbestand auf 110 Stellenprozent (Kürzung um 130'000 Franken) und ersatzlose Streichung des Budgetposten Beratung, Gutachten, Expertise (Kürzung um 83'000 Franken) [KE BL, 2004].

¹¹⁶SVP-Fraktion: Halbierung Personal (Kürzung um 130'000 Franken), SVP-Fraktion: ersatzlose Streichung Budgetposten Berater, Gutachter, Experten (Kürzung um 127'000 Franken) und Bruno Steiger, SD, Impulsprogramm Familie und Beruf (Kürzung um 60'000 Franken) [KL BL, 2004, 10-11].

Stellenprozent

Von 1989 bis Ende 2002 umfasst die Fachstelle des Kantons Basel-Landschaft 200 Stellenprozent. 1989 teilen sich drei Personen, später in der Regel fünf Personen die Stellenprozent [Duttweiler, 1990, 121-122]¹¹⁷[Nyffeler et al., 4][PKL FR, 1993, 637][Mader, 1995, 34-35][Zumbrunn, 1996, 22]¹¹⁸[KE FR, 2003, 16][Fuchs, 2003, 2]. Ab 2003 werden die Stellenprozente nach langem Kampf auf 220 Stellenprozente erhöht [Fuchs, 2003, 2][KE BL, 2007, 3].

Stellenleiterinnen

Die ersten beiden Leiterinnen der Fachstelle sind Inge Fehlbaum-Orthe (Nationalökonomin FDP) und Marie-Thérèse Kuhn-Schleiniger (Soziologin SP) [Duttweiler, 1990, 121-122]. Inge Fehlbaum geht im Frühling 1992 wegen zu wenig Mitteln [Raschle, 20.5.1992]. Im Herbst 1992 beginnt Ruth Voggensperger Tamm [GSB BL, 2007]. Marie-Thérèse Kuhn-Schleiniger ist Leiterin bis Mai 1998 [Zumbrunn, 1996, 22][bz, 21.1.1998]. Der Exekutive wählt am 27.3.1998 Sabine Kubli Fürst als Nachfolgerin von Marie-Thérèse Kuhn-Schleiniger. Sie leitet die Fachstelle seit dem 1.7.1998 [Wittwer, b, 27.3.1998][NK BL, 2007].

Ort

Zu Beginn ist die Fachstelle an der Rebgasse 17 in Liestal [Duttweiler, 1990, 121-122]. Seit Herbst 1993 ist sie am Kreuzboden 1a in Liestal zu Hause [Zumbrunn, 1996, 22][NK BL, 2007].

Quellen

Amtsblatt BL, 1986: Abschnitt: Politische Rechte. Zwischentitel: Vorprüfung einer Volksinitiative. überschreibt: Volksinitiative "für ein Büro für Frauenfragen". In: *Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft*, (46): 1399–1400.

APS, 1996: Année politique suisse 1995. Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern, Bern, s. 264-266, 335, Anhang.

BaZ: 15.2.1995. In: *Basler Zeitung*, S. 33.

bz: 21.1.1998. In: *Basellandschaftliche Zeitung*, S. 27.

Duttweiler, Catherine, 1990: Wo Frauen sich erheben. Daten, Fakten, Adressen aus der anderen Hälfte der Schweiz. Lenos Verlag, Basel.

EBG, 1998: 1000 Adressen für Frauen in der Schweiz. Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), EDMZ, Bern.

EBG, 2002: Zusammenfassung der Antworten der Kantone auf den Fragebogen zur Umsetzung der UNO-Frauenkonvention (rechtlicher und tatsächlicher Stand der Gleichstellung). Dateiname: Zusammenfassung+cedaw_d.pdf. Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), Bern.

¹¹⁷1990 ist das jährliche Budget 250'000 Franken [Nyffeler et al., 4].

¹¹⁸1999 sind von den 200 Stellenprozent 20 Prozent für die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann reserviert. Das Budget beinhaltet 38'000 Franken für die Kommission und 380'000 Franken pro Jahr für die Fachstelle [EBG, 2002, 14].

Quellen

- Freivogel, Elisabeth, 1987: Frauenstellen - Frauenbüros. Referat von Elisabeth Freivogel als Vertreterin der OFRA Schweiz gehalten am Podium vom 7. März 1987 in Zürich anlässlich des Internationalen Tags der Frau. In: *Emanzipation*, (Juni 1987): 20–21.
- Fuchs, Gesine, 2003: FfG - Evaluation 2002.
- GKL BL, 1981: Gesetz über die politischen Rechte vom 7. September 1981. Kantonsparlament Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 27.820 und Systematische Gesetzessammlung SGS 120*, aktuelle Version 77 - 1.9.2006. In Kraft seit 1.8.2006.
- GKL BL, 1983: Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz). Vom 6. Juni 1983. Kantonsparlament Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 28.436*, aktuelle Version. In Kraft seit 1.1.1984.
- GKL BL, 1997: Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 27. November 1997 (EG GIG). Kantonsparlament Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 33.0091 und Systematische Gesetzessammlung SGS 108*, in Kraft seit 1.7.1998. Aktuelle Version 69 - 1.9.2002.
- GSB BL, 2007: Chronik Ffg in der Presse seit 1988.xls. Von 3.12.1986 bis 5.9.2007. Unveröffentlicht. Erstellt von Ffg Baselland, Liestal.
- Horny, Caroline, 1989: Blockseminar: "Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann" 7.-13.1.1990 in Waltensburg. "Gleichberechtigungsbüros" in der Verwaltung und im Privaten Bereich. Universität Basel, Prof. Rhinow. WS 89/90.
- Immoos, Thomas: 15.12.1995. In: *Basellandschaftliche Zeitung. bz*, S. 19.
- Initiativkomitee BL, 1986: Unterschriftenbogen mit Titel: Kantonale Volksinitiative für ein Büro für Frauenfragen (Vorderseite). Argumentarium mit Titel: Initiative für ein Baselbieter Büro für Frauenfragen (Rückseite). Komitee für ein Baselbieter Büro für Frauenfragen, Pf 220, 4123 Allschwil.
- KE BL, 1997: Vorlage an den Landrat 97/089 zum Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz (EG GIG) vom 6.5.1997. Kantonsregierung Baselland.
- KE BL, 2004: Vorlage an den Landrat. Parlamentarische Anträge zum Budget 2004 vom 11. November 2004. Geschäftsnummer 2003-230/01-42. Regierungsrat Baselland, http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/vorlagen/2003/v230_01-42/2003-230_01-42_2.htm#07.
- KE BL, 2006: Vorlage an den Landrat betr. Postulat der FDP-Fraktion "Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann" (2003/327) Vom 20. Juni 2006. Regierungsrat Baselland, http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/vorlagen/2006/v166/2006-166_txt.htm.
- KE BL, 2007: Gesetzesinitiative für die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau. Geschäftsnummer 2007/188. Regierungsrat Baselland vom 28. August 2007. In: *Vorlage an den Landrat*.
- KE FR, 2003: Botschaft Nr. 85 des Staatsrats an den Grossen Rat zum Entwurf des Gesetzes über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. 19. August 2003. Deutschsprachige Fassung. Kantonsregierung Freiburg.
- KL BL, 1997: Bericht der Finanzkommission an den Landrat betreffend Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz (EG GIG)(97/089) vom 26.9.1997. Finanzkommission (FIKO) des Landrat Kanton Baselland.

Quellen

- KL BL, 2003a: Motion: Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann. Eingereicht am 4. September 2003. Nr.: 2003-187 (SVP-Fraktion). Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/vorstoesse/2003/2003-187.htm>.
- KL BL, 2003b: Motion von Jörg Krähenbühl: Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann. Eingereicht am 4. September 2003. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/vorstoesse/2003/2003-187.htm>.
- KL BL, 2003c: Postulat der FDP-Fraktion: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann. Eingereicht am 16. Oktober 2003. Nr.: 2003-237 (FDP-Fraktion). Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/vorstoesse/2003/2003-237.htm>.
- KL BL, 2004: Regierungsrat Baselland. Vorlage an den Landrat. Parlamentarische Anträge zum Budget 2005 vom 9. November 2004 Geschäftsnummer: 2004-231 01-51. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/index.htm>.
- KR BL, 1988: Verordnung des Regierungsrates 1988 vom 22. November 1988. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 29.748*, original. In Kraft von 1.1.1989 bis 1.7.2000.
- KR BL, 1990a: Geschäftsordnung der Beratenden Kommission für Frauenfragen vom 14. August 1990. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 90.354*, original. In Kraft von 14.8.1990 bis 5.7.1994.
- KR BL, 1990b: Verordnung über die Beratende Kommission für Frauenfragen vom 14. August 1990. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 90.352*, original. In Kraft ab 1.9.1990 bis 5.7.1994.
- KR BL, 1993: Weisung zur Gleichstellung von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung vom 23. November 1993. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 93.421*.
- KR BL, 1994: Verordnung über den Frauenrat vom 5. Juli 1994. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 94.688*, original. In Kraft seit 5.7.1994.
- KR BL, 1998: Verordnung zum Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz (Gleichstellungsverordnung) vom 1. Dezember 1998. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 33.0442*, in Kraft ab 1.1.1999, ersetzt Verordnung vom 28. Mai 1996 über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG).
- KR BL, 1999: Dienstordnung der Finanz- und Kirchendirektion vom 21. Dezember 1999. Kantonsregierung Baselland. In: *142.11 Gesetzessammlung GS 33.0996*, in Kraft seit 1.1.2000.
- KR BL, 2000: Verordnung über die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann vom 16. Mai 2000. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 33.1240. SGS 142.53*, in Kraft seit 1.7.2000.
- KR BL, 2001: Verordnung über die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann vom 16. Januar 2001. Kantonsregierung Baselland. In: *Gesetzessammlung GS 34.0012. SGS 142.54*, in Kraft seit 1.2.2001.
- Landeskanzlei BL, 1987: Verzeichnis der hängigen Geschäfte. Stand 1. Januar 1987. A. Vorlagen an den Landrat. Regierungsrat an den Landrat. Landeskanzlei Kanton Baselland, Liestal.
- Landeskanzlei BL, 1988a: Postulat betreffend Büro Gleichstellungsfragen. 23. Juni 1988. Nr. 88/199 (FDP Landratsfraktion). In: *Regierungsrat an den Landrat (Kanton Baselland) 1988*, Band 3.

Quellen

- Landeskanzlei BL, 1988b: Sitzungseinladung vom 18.8.1988 für Landratssitzung vom 12. September 1988. In: *Regierungsrat an den Landrat (Kanton Baselland) 1988*, Band 1.
- Landeskanzlei BL, 1988c: Vorlagen an den Landrat betreffend Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 1989 vom 8. November 1988. Nr. 88/287. In: *Regierungsrat an den Landrat 1988*, Band 4.
- Landeskanzlei BL, 2005a: Abstimmungsergebnisse im Kanton BL (1995-1999). Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch> (1.7.2005).
- Landeskanzlei BL, 2005b: Internetamtsblatt Politische Rechte 12.5.2005 Kanton Basel-Landschaft. Vorprüfung einer formulierten Volksinitiative. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/amtsblatt/politrech/2/polit2005-05-12.htm> (30.6.2005).
- Landeskanzlei BL, 2007: Zustandegekommene Initiative. Landeskanzlei Baselland, http://www.baselland.ch/docs/polit-rechte/initiativen/main_ini.htm#top (31.5.2007).
- Landeskanzlei BL, 2008a: Abstimmungen 2008. Eidgenössische und kantonale Abstimmung vom 1. Juni 2008. Sonntag 1. Juni 2008, Aktualisiert um 14:05 Uhr. Landeskanzlei Baselland, http://www.abstimmungen.bl.ch/Abstimmung_2008_6/generated/index.htm (20.6.2008).
- Landeskanzlei BL, 2008b: Kanton Basel-Landschaft. Abstimmungsvorlagen 1. Juni 2008 (Abstimmungsbüchlein). Landeskanzlei Baselland, http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-1k/wahlen/abst_bro/U20080601_bro.pdf (20.6.2008).
- Lutz, Georg und Strohmann, Dirk, 1998: Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen = Droits politiques dans les cantons. Verlag Paul Haupt, Bern.
- Mader, Regula, 1995: Gleiche Rechte für Frau und Mann - Institutionelle Gleichstellungspolitik. In: Viel erreicht - wenig verändert? zur Situation der Frauen in der Schweiz: Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, 25-42, Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF). EDMZ: 301.931.D, Bern.
- Maise, Felix: 14.10.2003. In: *TagesAnzeiger*, S. 33.
- de Marchi, Peter und Gyr, Stefan: 14.11.2003. In: *Basler Zeitung*, S. 33.
- Matefi, Gabriella, 2002: Das Gleichstellungsgesetz im Kanton Baselland. Kommentar zur Entstehung und Auslegung des Einführungsgesetzes, der Verordnung zur sexuellen Integrität sowie weiterer kantonrechtlicher Bestimmungen zum Gleichstellungsgesetz. Reihe: "Gleichstellung auf den Punkt gebracht", Band 2. Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft, Liestal.
- NK BL, 2007: Telefonische Direktauskunft von Stellenleiterin Baselland, Sabine Kubli Fürst vom 18.10.2007.
- Nyffeler, Bettina, Neeff, Beatrice und Kuhn, Marie-Josée: 7.9.1990. Dossier. In: *WochenZeitung. WoZ*, (Nr. 36): S. 4-5.
- Petrin, Susanna: 19.1.2007. In: *Basler Zeitung*, S. 23.
- PKL BL, 1996: Protokoll der Landratssitzung vom 19. September 1996. Geschäft Nr. 17 96/65 Motion von Peter Brunner vom 14. März 1996: Zusammenlegung der Stellen des Ombudsmann und des Büros für Gleichstellung von Frau und Mann. Teil 5. Landeskanzlei Baselland, http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/1996/p960919/teil_5.htm#frametop.

- PKL BL, 1997a: Protokoll der Landratssitzung vom 16. Oktober. Geschäftsnummer 9 97/89. Bericht des Regierungsrates vom 6. Mai 1997 und der Finanzkommission vom 26. September 1997: Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz (EG GIG). 1. Lesung. Teil 4. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/p971016/teil4.htm>.
- PKL BL, 1997b: Protokoll der Landratssitzung vom 27. November 1997. Nr. 3 97/89a. Bericht des Regierungsrates vom 6. Mai 1997 und der Finanzkommission vom 26. September 1997 und vom 22. Oktober 1997: Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz (EG GIG). 2. Lesung. Teil 1. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/p971016/teil4.htm>.
- PKL BL, 2003a: Protokoll der Landratssitzung vom 10. Dezember 2003. Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Finanzkommission vom 27. November 2003: Parlamentarische Anträge zum Budget 2004. Geschäftsnummer: 5 2003/230/ 01-42. Landeskanzlei Baselland, http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/2003/p2003-12-10/teil_4.htm.
- PKL BL, 2003b: Protokoll der Landratssitzung vom 13.11.2003, zur SVP-Abschaffungsmotion und FDP-Evaluationspostulat (Morgen- und Nachmittagsdiskussion). Landeskanzlei Baselland.
- PKL BL, 2004: Protokoll der Landratssitzung vom 9. Dezember 2004. Berichte des Regierungsrates vom 9. November 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Parlamentarische Anträge zum Budget 2005. Geschäftsnummer: 9 2004-231 01-51. Fortsetzung der Budgetdebatte. Landeskanzlei Baselland, http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/2004/p2004-12-09/teil_8-9.htm.
- PKL BL, 2007: Protokoll der Landratssitzung vom 18. Januar 2007. Geschäftsnummer: 6 2006-166. Landeskanzlei Baselland, <http://www.baselland.ch/docs/parl-1k/protokolle/2007/p2007-01-18/06.htm#frametop>.
- PKL FR, 1993: Botschaft Nr. 95 zum Dekretsentwurf über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. In: *Amtliches Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rates Kanton Freiburg*, Band Band 145: 633–647.
- Raschle, Iwan: 20.5.1992. Rubrik: Zeitspiegel. Titel: Der politische Handlungswille fehlt. Die Büros für Gleichstellungsfragen haben den Frauen kaum mehr Rechte beschert. Nun werfen einige Leiterinnen das Handtuch. In: *Brückenbauer*, (Nr. 21): S. 12–13.
- Rüegg, Marianne, 1993: Staatliche Einrichtungen für die Gleichstellung von Frau und Mann. Lizentiatsarbeit Politologie, Zürich.
- Verfassung Baselland, 1984: Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984. In: *Gesetzessammlung GS 29.276 und Systematische Gesetzessammlung SGS 100*, in Kraft seit 1.1.1987. Aktuelle Version 77 - 1.9.2006.
- Veya, Elisabeth, 1984: Frauenstellen in den Kantonen. In: EKF (Hrsg.), Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Die Stellung der Frau in der Schweiz, Teil IV: Frauenpolitik, 253 – 261, Eidg. Kommission für Frauenfragen (EKF). EDMZ: 301.904.D, Bern.
- wit: 15.12.1995. In: *Basler Zeitung*, S. 25.
- Wittwer, Peter, a: 27.2.1998. In: *Basler Zeitung*, S. 33.

Quellen

Wittwer, Peter, b: 27.3.1998. In: *Basler Zeitung*, S. 39.

Zumbrunn, Monika, 1996: GleichStellen. Verzeichnis über Fachstellen zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz. Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal der Schweiz, Wettingen.